

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 9. September 2024
Kantonsratspräsident Zehnder Ferdinand

A 245 Anfrage Bärtschi Andreas und Mit. über die neue Ausgangslage der OECD-Mindeststeuern und die Auswirkungen auf die Steuergesetzrevision / Finanzdepartement

Die Anfrage A 245 wurde auf die September-Session hin dringlich eingereicht. Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab. Andreas Bärtschi hält an der Dringlichkeit fest.

Andreas Bärtschi: Unsere Anfrage ist von hohem politischem Gewicht, findet doch in 13 Tagen die Volksabstimmung statt. Aus diesem Grund erträgt das Thema keinen Aufschub. Das Anliegen kann nicht bei einem ordentlich traktandierten Geschäft eingebracht werden. Zudem tangieren unsere Fragen kein laufendes Verfahren und fallen in den Zuständigkeitsbereich des Kantons Luzern. Aus diesen Gründen hält die FDP-Fraktion an der Dringlichkeit fest.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich spreche zur Dringlichkeit der drei Anfragen A 245, A 252 von Simone Brunner sowie A 253 von Marcel Budmiger. Der Regierungsrat beantragt, die Dringlichkeit abzulehnen. Verschiedene Fragen stehen in einem direkten Zusammenhang mit der Steuergesetzrevision. Bekanntlich hat die SP dagegen Einsprache erhoben. Somit befinden wir uns in einem laufenden Verfahren, und die Behandlung der Anfragen ist gemäss § 75 Absatz 1 litera d der Geschäftsordnung des Kantonsrates nicht dringlich vorzunehmen. In den drei Vorstössen werden zudem überwiegend Fragen zur weiteren Ausgestaltung der Standortförderung gestellt. Diese befindet sich noch in der Ausarbeitung. Zudem findet zu gegebener Zeit ein entsprechendes Vernehmlassungsverfahren statt. Somit ist aktuell inhaltlich vieles noch unbestimmt. Es besteht auch keine Dringlichkeit, dass das Parlament in dieser Session darüber debattieren muss. Daher bitte ich Sie, dem Antrag des Regierungsrates Folge zu leisten.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 61 zu 48 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.